

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport

Sitzungstermin: Mittwoch, 11.03.2026
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 22:21 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Christian Freitag von Dören CDU

Mitglieder

Heidemargret Garling CDU

Antje Hellmann-Kistler FDP

Verena Heyer Bündnis 90 / Die Grünen

Anja Lembach CDU

Dr. Christoph Maas Bündnis 90 / Die Grünen

Birgit Neumann-Rystow WSI

Jonas Hergert SPD Vertretung für: Alexandra Petersen

Patricia Römer Bündnis 90 / Die Grünen

Norman Rothe SPD

Seniorenbeirat

Waltraud Teising Seniorenbeirat

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeisterin

Claudia Friederich Erste Stadträtin

Claudia Prehm

Kerstin Dietrich Beauftragte für Menschen mit Behinderung

Ralf Waßmann Fachbereichsleitung

Abwesend

Mitglieder

Alexandra Petersen SPD Entschuldigt

Bernhard Weidenbach CDU Entschuldigt

Jugendbeirat

Jonah Elias Lassen Jugendbeirat Entschuldigt

Ayse-Tahila Tokmak Jugendbeirat Entschuldigt

Gäste:

Herr Denker	-	WSI
Frau Bergande	-	Waldorf Kita
Frau de Heer	-	DRK-Kita Spatzennest
Frau Ahn-Fecken	-	DRK Kreisverband
Frau Wüst	-	Lütt Arche Wedel
Frau Dorsch	-	Lütt Arche Wedel
Frau Wolpert	-	Erzbistum Hamburg
Herr Breitbarth	-	Katholische Kita St. Marien
Frau Schenk	-	Lebenshilfe Kreis Pinneberg
Herr Kienast	-	DRK Kreisverband Pinneberg

5 Einwohner*innen

1 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Im Anschluss verpflichtet er Herrn Jonas Hergert von der SPD-Fraktion auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und weist ihn in sein Amt ein.

Die Tagesordnung wird in der nachstehenden Reihenfolge beraten:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Einwohnerfragestunde
- 1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen
- 1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen
- 2 Anhörung der Beiräte
- 3 Bericht aus den Schulen
- 4 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 15.10.2025
- 5 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2026

- 6 Kooperationsvertrag mit dem Kreis Pinneberg zur praxisintegrierten Ausbildung (PiA) von Erzieher*innen BV/2026/020
- 7 Haushaltssatzung 2026/2027
- 7.1 Beratung Produktbereich Kindertageseinrichtungen
- 8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen
- 8.1 Bericht der Verwaltung
- 8.1.1 Haushaltskonsolidierung



8.1.2 Aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028 MV/2026/013

8.2 Öffentliche Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

9 Nichtöffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 15.10.2025

10 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht der Verwaltung

10.2 Nichtöffentliche Anfragen

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Der Vorsitzende verliest die untenstehende Begründung, weshalb die des Vorsitzenden des Ortsverbandes der Freien Wähler Wedel, die in der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport (BKS) am 11.02.2026 gestellt wurden, nicht beantwortet werden:

Die Fragen wurden in der Einwohnerfragestunde des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am 11.02.2026 durch den Vorsitzenden des Ortsverbandes der Freien Wähler Wedel ausdrücklich im Namen der Partei eingereicht. Nach § 16 c der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein steht das Recht, Fragen in der Einwohnerfragestunde zu stellen, jedoch ausschließlich Einwohnerinnen und Einwohnern als natürliche Personen zu. Parteien oder andere Organisationen sind hierzu nicht berechtigt. Da die Fragen erkennbar von der Partei gestellt wurden, entsprechen sie nicht den rechtlichen Voraussetzungen der Einwohnerfragestunde. Eine inhaltliche Beantwortung erfolgt daher nicht.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Ein Einwohner stellt zwei Fragen bezüglich der Belegung von Wedeler Sporthallen in Verbindung mit einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung:

- 1) Wie bewertet die Verwaltung die zukünftigen Nutzungskonflikte zwischen schulischem Ganztags und Sportvereinen bei der Hallenbelegung, und welche konkreten Lösungsansätze werden verfolgt?
- 2) Hält der Ausschuss es für verantwortlich, den Rechtsanspruch auf Ganztags ab 2026 umzusetzen, ohne zuvor einen politischen Beschluss über Prioritäten und zusätzlichen Hallenkapazitäten gefasst zu haben?


Der Fachdienstleiter des FD 4-60 beantwortet die erste Frage.

Aus Sicht der Verwaltung liegt kein zukünftiger Nutzungskonflikt im Rahmen der Hallenbelegung zwischen schulischem Ganztags und Sportvereinen vor, da sich durch die Einführung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung keine Veränderungen in der Hallennutzung ergeben.

Der Fachdienst 4-40 organisiert die Belegungspläne aller städtischen Sportstätten, dies beinhaltet die Sportplätze und -hallen. Die Schulsporthallen sind grundsätzlich unabhängig vom Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von 8-16 Uhr für die Schulen geblockt. In Absprache können einzelne Hallenzeiten auch vor 16 Uhr an die Sportvereine gegeben werden, wobei die Nutzung durch die Schulen immer Vorrang hat. Dies gilt auch in den Ferienzeiten, da zumindest die Sporthallen der Grundschulen dem Ganztags auch für ihr Ferienprogramm zur Verfügung stehen. Der schulische Ganztags endet grundsätzlich um 16 Uhr (16.15 Uhr an der Moorwegschule). Nach dieser Zeit finden keine regelmäßigen schulischen Veranstaltungen mehr in den Sporthallen statt.

Es bestehen Kooperation von Wedeler Sportvereinen mit den Wedeler Schulen, durch welche Kurse im Rahmen des Ganztags angeboten werden. Die Stadt Wedel ist jederzeit interessiert, diese Kooperationen auszubauen und auf weitere Vereine zu erweitern. Dies ermöglicht den Sportvereinen ihre Angebote in die Schulen zu tragen und dem Ganztags, ein qualitativ hochwertiges Bewegungsangebot vorzuhalten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geht auf die zweite Frage ein. Diese äußert, dass es keine Notwendigkeit gebe, dieses Thema erneut anzufassen, da sich die Vereine in den Ganztags einbringen würden und der Ganztags eine Möglichkeit für diese biete, sich zu präsentieren.



2 Anhörung der Beiräte

Die Beiräte haben nichts zu berichten.

3 Bericht aus den Schulen

Die Schulleiterin des Pestalozzi-Förderzentrums erläutert, in Anlehnung an die letzte BKS-Ausschusssitzung, die Historie der AWO-Tagesgruppe kam.

Der AWO-Ortsverein kam vor über einem Jahrzehnt auf die Stadt zu und hat angeboten, eine Tagesgruppe einzurichten. Eine solche gab es bisher nicht in Wedel. Die Stadt begrüßte das Angebot des AWO-Ortsvereins und stellte dafür Räumlichkeiten zur Verfügung, um eine Tagesgruppe einzurichten. Der Umzug an die Pestalozzi-Schule hatte etwas mit dem allgemeinen Bedarf der städtischen Schulen für mehr Raum zu tun.

Das aktuelle Abkommen zwischen der AWO-Tagesgruppe und der Stadt Wedel beruht, so die Schulleiterin des Pestalozzi-Förderzentrums, auf gegenseitigen Entgegenkommen.

Die CDU-Fraktion bestätigt die Erläuterungen.

4 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 15.10.2025

Der öffentliche Teil des Protokolls wird ohne Anmerkungen zur Kenntnis genommen und gilt somit als genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

5 Öffentlicher Teil des Protokolls der Sitzung vom 14.01.2026

Der Fachdienstleiter des FD 4-60 erklärt, die verwaltungsseitig vorgeschlagenen Änderungen des Protokolls. Die vorgeschlagene Änderung lautet wie folgt:

In der Protokollniederschrift zur Sitzung vom 14.01.2026 ist ein Fehler unterlaufen. Unter Top 5.2 Haushaltssatzung steht im Protokoll:

*„Beschlussempfehlung:
Der Rat beschließt die Haushaltssatzung 2026/2027.
Abstimmungsergebnis:
Einstimmig
10 Ja / X Nein / X Enthaltung“*

Der Punkt muss ersetzt werden durch:

„Der Vorsitzende vertagt die Empfehlung des Haushaltes auf die nächste Sitzung und Bittet die Verwaltung um Beantwortung der offenen Fragen.“

Der öffentliche Teil des Protokolls wird mit dieser Änderung genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	1
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	2	0	1
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

6 Kooperationsvertrag mit dem Kreis Pinneberg zur praxisintegrierten Ausbildung (PiA) von Erzieher*innen

BV/2026/020

Die kommissarische Fachdienstleiterin des FD 4-40 äußert, dass fünf PiA-Stellen der durch den Rat der Stadt Wedel genehmigten sechs PiA-Stellen zum 01.08.2026 besetzt werden können. Die Rahmenbedingungen für diese seien bereits grob geklärt. Die Stadt Wedel möchte hierzu einen Kooperationsvertrag mit dem Kreis Pinneberg schließen, nach welchem die Finanzierung von 4-5 PiA-Stellen durch den Kreis teilfinanziert werden würde. Aktuell kann sie noch nicht verbindlich sagen, wie viele PiA-Stellen vom Kreis mitfinanziert werden würden. Es fehlt noch eine Rückmeldung des Kreises.

Die CDU-Fraktion erkundigt sich, ob ein Ratsbeschluss für die Vereinbarung eines Kooperationsvertrages nicht ausreichen würde. Außerdem ist der Fraktion noch nicht ganz klar, was für ein Rechenmodell für die Einsetzung der PiA-Stellen zugrunde gelegt wird.

Die kommissarische Fachdienstleiterin des FD 4-40 erklärt, dass bis zu fünf PiA-Stellen vom Kreis-Pinneberg mitfinanziert werden. Der Rat hat bereits einen Beschluss getroffen, dass die Stadt Wedel jedes Jahr sechs neue PiA -Stellen refinanzieren wird.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist darauf, dass in der Beschlussvorlage (BV) ein Rechenfehler ist.

Die Fachdienstleiterin des FD-4-40 entschuldigt sich dafür und stellt klar, dass die Finanzierung der PiA-Stellen nach Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Kreis Pinneberg so ausgestaltet wäre, dass die Stadt 3/5 und der Kreis 2/5 der Kosten tragen würde.

Der Fachbereichsleiter des FB 1 wiederholt, dass der Rat der Stadt Wedel die finanziellen Mittel für sechs PiA-Stellen eingerichtet habe. Tatsächlich werden aktuell jedoch nur fünf PiA-Stellen besetzt. In der Finanzierungsvereinbarung, welche man mit den Kitas noch verhandeln möchte, soll es hierzu zukünftig konkrete Vereinbarungen geben. Entscheidet sich der Ausschuss für den Abschluss eines Kooperationsvertrages mit dem Kreis Pinneberg, würde es einige Vorgaben für die PiA-Stellen von Seiten des Kreises geben. Die Finanzierungsvereinbarung müsse jedoch von dem Kooperationsvertrag entkoppelt werden. Die endgültige Entscheidung über die Folgejahre würde über die Finanzierungsvereinbarung getroffen werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt nach der Gegenfinanzierung der geplanten Mittel.



Der Fachbereichsleiter des FB 1 erklärt, dass die Deckung der zusätzlichen Mittel aus dem Gesamtbudget des Fachbereichs 4 gegenfinanziert wird.

Die CDU-Fraktion äußert, dass diese die Beschlussvorlage anders verstanden habe, als soeben dargestellt. Sie dachten, dass die BV so zu verstehen sei, dass einmalig sechs PiA-Stellen eingerichtet und finanziert werden und nicht jedes Jahr sechs neue PiA-Stellen. Die CDU-Fraktion beantragt, den zweiten Satz der BV zu streichen, um sich auf den Kooperationsvertrag zu konzentrieren.

Die WSI-Fraktion fügt hinzu, dass außerdem auch die Anzahl der Stellen auf fünf korrigieren müsse.

Die CDU-Fraktion erwidert, dass die Angabe der Stellenanzahl irrelevant sei, da sich beim Beschluss alleine auf den Kooperationsvertrag konzentrieren möchte.

Eine Vertretung der Katholischen Kirche gibt zu bedenken, dass Unsicherheiten in Bezug auf die Einstellung sozialpädagogischer Assistenzen (SPA) auf die PiA-Stellen bestehen, da im Ratsbeschluss nur Erzieher*innen genannt werden.

Der Fachbereichsleiter des FB 1 versichert, dass dieser Punkt schnellstmöglich mit dem Kreis Pinneberg geklärt werden soll.

Die erste Stadträtin befürwortet die Möglichkeit SPA-Kräfte auch auf die PiA-Stellen einsetzen zu können. Aus ihrer Sicht sollte diese Möglichkeit bestehen. Das Einfügen einer Öffnungsklausel in den Kooperationsvertrag hält sie für sinnvoll.

Die CDU-Fraktion fragt erneut, wie viele Stellen man mit dem Kooperationsvertrag einführen würde und ob es um eine einmalige Einrichtung gehe oder um eine jährliche Erhöhung.

Die erste Stadträtin wiederholt, dass der Rat beschlossen habe, dass sechs PiA-Stellen in 2026 eingerichtet werden sollen. Von diesen seien bereits drei im Haushaltsplan finanziell eingeplant gewesen. Weitere Planungen gibt es noch nicht.

Die WSI-Fraktion verdeutlicht, dass es bei dem Beschluss nur um den Kooperationsvertrag gehen solle. Alles was ab dem Jahr 2027 anfällt, solle zu gegebener Zeit im Rat besprochen werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt dem Vorschlag zu. Ihrem Verständnis nach, hat der Rat beschlossen, dass jedes Jahr sechs neue PiA-Stellen genehmigt wurden.

Die erste Stadträtin erwidert, dass man sich zuvor auch im BKS einig war, dass es in 2026 max. sechs PiA Stellen geben soll, von denen bisher drei im Haushalt 2026 ff. eingeplant waren.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont, dass es für diese finanzielle Sicherheit des Kooperationsvertrages bedarf.

Die SPD-Fraktion erkundigt sich, ob der Rat den Kooperationsvertrag vor der Unterzeichnung zu sehen bekäme.

Die kommissarische Fachdienstleiterin des FD 4-40 versichert, dass ein Musterexemplar angefordert wurde. Sobald dieses zur Verfügung stünde, würde dieses dem Rat vorgelegt werden.



Die CDU-Fraktion betont abschließend, dass die Stadt Wedel ohne den Kooperationsvertrag 100% der Kosten tragen müsste.

geänderte Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Wedel beauftragt die Verwaltung, zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Kooperationsvertrag mit dem Kreis Pinneberg zur praxisintegrierten Ausbildung (PiA) von Erzieher*innen und sozialpädagogischen Assistent*innen (SPA) abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

7 Haushaltssatzung 2026/2027

7.1 Beratung Produktbereich Kindertageseinrichtungen

Der Fachbereichsleiter des FB 1 stellt den Vorschlag der Verwaltung vor, die Anträge der Kita-Träger anhand von errechneten Mittelwerten abzustimmen.

Die CDU-Fraktion begrüßt diesen Vorschlag. Sie verweist darauf, dass früher schon einmal mit Pauschalen pro Träger gearbeitet wurde. Die Idee der Verwaltung, den Mittelwert zu nutzen und diesen nicht pro Träger, sondern pro Gruppe auszuzahlen, empfindet sie als gerechter.

Die WSI-Fraktion bedankt sich bei der Verwaltung für die Aufarbeitung und Darstellung der Anträge.

Der Ausschussvorsitzende fragt bei der Verwaltung nach, für welche Laufzeit die Mittelwerte als Grundlage genutzt werden sollen.

Die erste Stadträtin erläutert, dass dies nur für das Haushaltsjahr 2026 gelte. Durch die Genehmigung von Mittelwerten pro Kita-Gruppe können die Träger die genehmigten Mittel flexibel einteilen. Eine Überprüfung der Verwendung der Mittel erfolgt über den Betriebsabrechnungsbogen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt einen Änderungsantrag, um die Laufzeit auf 18 Monate zu erhöhen. Damit soll die Zeit bis zum Abschluss der Vertragsverhandlungen mit den Kita-Trägern abgedeckt werden. Zusätzlich möchte die Fraktion nicht den Mittelwert aus den genehmigten Träger-Anträgen 2025 für die Finanzierung zugrunde legen, sondern den Mittelwert der angemeldeten Träger-Anträge aus 2026.

Eine Vertreterin der Kita Lebenshilfe verweist darauf, dass die Haushaltsanmeldungen von den Kitas nur für das Jahr 2026 sind und damit nur für 12 Monate angedacht seien.



Die erste Stadträtin erklärt, dass sich die Verwaltung schnellstmöglich mit den Kita-Trägern zusammensetzen möchte, um neue Finanzierungsvereinbarungen auszuhandeln. Die 12 Monate über den Mittelwert zu finanzieren, soll ein Hilfsinstrument sein, bis die Verhandlungen aufgenommen wurden und Zahlen von den Trägern vorgelegt und erörtert werden. Alles Weitere, wie man mit den zukünftigen Finanzierungsanträgen umgehen möchte, wird sich im Verlauf der Verhandlungen herausstellen. Sie empfiehlt die Laufzeit zunächst auf das Jahr 2026 zu beschränken.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht ihr Verständnis für die Anmerkungen der Kita Lebenshilfe aus. Sie glaubt jedoch, dass wenn der Mittelwert der aktuellen Anmeldungen zu Grunde gelegt wird, die Werte eine gute Finanzierungsbasis für die Laufzeit von 18 Monaten bilden würden.

Die FDP-Fraktion beantragt eine Beratungspause.

Pause: 19:45 Uhr bis 19:54 Uhr

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass der honorierte Vertrag für das Haushaltsjahr 2026 für 12 Monate festgelegt und ab dem Haushaltsjahr 2027 durch eine pauschale 5%-Steigerung erhöht werden soll, um die allgemeine Kostensteigerung abzudecken.

Die CDU-Fraktion erkundigt sich, ob die Idee der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter der Annahme des Doppelhaushalts geführt würde.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bestätigt dies.

Die CDU-Fraktion wendet ein, dass die Träger ihnen zurückgemeldet haben, dass 12 Monate als Probezeit für diese wünschenswerter sei. Die CDU-Fraktion möchte den von der Verwaltung vorgeschlagenen Mittelwert hierfür zu Grunde legen.

Die FDP-Fraktion betont, dass sie den Mittelwert der angemeldeten Träger-Anträge des Jahres 2026 für die Mittelwertberechnung heranziehen wollen.

Eine Sachbearbeiterin des FD 4-40 verdeutlicht, dass man den Mittelwert für 2026 erst bilden könne, sobald die beschlossenen Haushaltsanmeldungen vorliegen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist darauf, dass sie von den angemeldeten Trägeranträgen ausgehe und nicht von den beschlossenen, da noch nichts beschlossen sei. Für diesen Fall gibt die Fraktion einen errechneten Mittelwert von rund 6.500 € an.

(Anmerkung der Verwaltung: Die zugrunde gelegte Berechnung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist rechnerisch nicht zutreffend. Der tatsächliche Mittelwert für die eingereichten Träger-Anträge für das Haushaltsjahr 2026 würde sich auf ca. 8.100 € belaufen.)

Eine Sachbearbeiterin des FD 4-40 wiederholt ihre vorherigen Ausführungen, dass sie den Mittelwert für 2026 erst errechnen könne, wenn die bewilligten Anträge beschlossen wurden. Wenn sie von den reinen Anmeldungen ausgehen würde, zählen da auch die Mittel rein, die potentiell gestrichen worden wären, wenn man Einzelabstimmungen durchgeführt hätte. Es würde also zu einem verfälschten Wert kommen.

Die SPD-Fraktion erkundigt sich, ob der BKS einen Wert, unabhängig von den Mittelwerten festlegen könne, der dann für die Träger ausgezahlt wird.

Die Bürgermeisterin verweist nachdrücklich darauf, dass die Stadt sich gerade in einer Haushaltskonsolidierung befinde. Die Träger haben ihr Einverständnis für den vorgelegten



Wert und für die Dauer von 12 Monaten geäußert. Wenn man die Mittel für die Kita-Träger ohne Grundlage höher ansetze, sei dies nur schwer zu verantworten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert erneut, dass man vor dem Hintergrund des Doppelhaushaltes im nächsten Jahr keine Planungssicherheit für die Kitas vorweisen könne, wenn man sich jetzt auf die Laufzeit von 12 Monaten einigen würde. Der Vorschlag der Fraktion eine Verlängerung auf 18 Monate zu veranlassen würde Planungssicherheit bringen. Der Vorschlag solle das allgemeine Prozedere vereinfachen. Sollte es während der Prüfungen des Sachgebietes dazu kommen, dass die Kitas die Gelder nicht in der bewilligten Höhe bedürfen, werden diese auch nicht pauschal ausgezahlt.

Die SPD-Fraktion verweist darauf, dass im aktuellen Sperrvermerk für sämtliche Träger-Anmeldungen Gelder eingestellt wurden. Daraus ergibt sich, dass nicht mehr Gelder im Haushalt eingestellt werden würden.

Die Bürgermeisterin wiederholt, dass die Stadt sich momentan in der Haushaltskonsolidierung befinde und es nicht sinnvoll sei, den Betrag höher als notwendig anzusetzen. Sie lädt den Ausschuss dazu ein, unter diesem Aspekt über den Beschluss nachzudenken.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweist darauf, dass die aktuellen Anmeldungen für 2027 auch nur auf Grund von Annahmen eingestellt wurden.

Die WSI-Fraktion spricht sich dafür aus den von der Verwaltung angedachten Mittelwert von rund 5.100 € zu belassen. Den Trägern stünde es jederzeit frei, Nachträge zu stellen, sollte die angesetzte Summe nicht ausreichen.

Die FDP-Fraktion bringt den Vorschlag ein, die Gebäude-, Anlagen- und Inventarunterhaltung (GAI) getrennt von den Geschäftsbedarfen abzustimmen. Für sie sei es selbstverständlich, dass alle unvorhergesehenen Maßnahmen wie bspw. Reparaturen hiervon ausgenommen sind.

Der Ausschussvorsitzende veranlasst eine Beratungspause.

Pause 20:10 Uhr bis 20:22 Uhr

Der Ausschussvorsitzende verliest eine geänderte Beschlussvorlage:

Einer Anregung der Verwaltung folgend wird beantragt, die Anträge für Gebäude-, Anlagen- und Inventarunterhaltung (GAI) nicht nach den Einzelanträgen zu genehmigen, sondern durch einen festen Betrag pro Gruppe, ermittelt nach der durchschnittlichen Haushaltsanmeldung für das Haushaltsjahr 2026. Diese Vereinbarung gilt für 12 Monate. Ausgaben für unvorhergesehene Maßnahmen und Reparaturen sind hiervon wie bisher ausgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen



Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Der Fachbereichsleiter des FB 1 verliert den Vorschlag der Verwaltung, über einen festen Betrag pro Gruppe für die Geschäftsbedarfe der Kitas abzustimmen. Der berechnete Mittelwert aus den genehmigten Haushaltsanmeldungen des Jahres 2025 beträgt 2.200 €.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht deutlich, dass sie dem Vorschlag der Verwaltung nicht folgen könne. Sie möchten die Anmeldungen der Geschäftsbedarfe einzeln abstimmen, da der Unterschied der Bedarfe zu groß sei.

Die WSI-, FDP- und CDU-Fraktion äußern ihre Zustimmung für den Abstimmungsvorschlag der Verwaltung.

Vor der Abstimmung erkundigt sich die CDU-Fraktion, weshalb für den Bereich der Geschäftsbedarfe nicht auch der Mittelwert für 2026 zu Grunde gelegt werden könne.

Der Fachbereichsleiter des FB 1 versichert, dass dies grundsätzlich gehen würde, der Mittelwert für 2026 jedoch noch errechnet werden müsste.

Der Ausschussvorsitzende verliert eine geänderte Beschlussvorlage:

Der Rat der Stadt Wedel beschließt, im Produktbereich Kindertageseinrichtung die Anträge für die Gebäude-, Anlagen- und Inventarunterhaltung (GAI) nicht nach den Einzelanträgen zu genehmigen, sondern durch einen festen Betrag pro Gruppe, ermittelt nach der durchschnittlichen Haushaltsanmeldung für das Haushaltsjahr 2026. Diese Vereinbarung gilt für 12 Monate (Haushaltsjahr 2026).

Ausgaben für unvorhergesehene Maßnahmen und Reparaturen sind hiervon wie bisher ausgenommen.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja / 5 Nein / 5 Enthaltungen abgelehnt

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	0	5	5
CDU-Fraktion	0	0	3
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
SPD-Fraktion	0	0	2
WSI-Fraktion	0	1	0
FDP-Fraktion	0	1	0

Der Ausschussvorsitzende verliert eine geänderte Beschlussvorlage:

Einer Anregung der Verwaltung folgend wird beantragt, die Anträge für Geschäftsanmeldungen nicht nach den Einzelanträgen zu genehmigen, sondern durch einen festen Betrag pro Gruppe, ermittelt nach den durchschnittlich genehmigten Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2025. Diese Vereinbarung gilt für 12 Monate.



Ausgaben für unvorhergesehene Maßnahmen und Reparaturen sind hiervon wie bisher ausgenommen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja / 3 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	7	3	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Der Fachbereichsleiter des FB 1 erklärt, dass noch über die pädagogischen Sachbedarfe abgestimmt werden müsse. Der Vorschlag der Verwaltung bleibt auch hier derselbe. Als Mittelwert für die genehmigten Haushaltsanmeldungen für das Haushaltsjahr 2025 werden 1.980 € pro Gruppe angenommen.

Die FDP-Fraktion hinterfragt, ob in dieser Summe die Finanzierung der Veranstaltungen und Ausflüge inbegriffen sei.

Eine Sachbearbeiterin des FD 4-40 verneint dies, da die Finanzierung von Veranstaltungen und Ausflügen grundsätzlich nicht von der Stadt finanziert werde. Sie erklärt weiter, dass die Kita-Träger alle unterschiedliche Verträge mit der Stadt geschlossen haben und eine Pauschalisierung hier nicht getroffen werden kann. Es ist aber sichergestellt, dass alle vertraglich getroffenen Regelungen auch eingehalten werden. Der Inhalt der heutigen Abstimmungen betrifft nur die Finanzierungen, die über das im Vertrag festgeschriebene hinausgingen.

Der Ausschussvorsitzende verliest eine geänderte Beschlussvorlage:

Einer Anregung der Verwaltung folgend wird beantragt, die Anträge für pädagogische Sachbedarfe nicht nach den Einzelanträgen zu genehmigen, sondern durch einen festen Betrag pro Gruppe, ermittelt nach den durchschnittlich genehmigten Haushaltsmitteln für das Haushaltsjahr 2025. Diese Vereinbarung gilt für 12 Monate.

Ausgaben für unvorhergesehene Maßnahmen und Reparaturen sind hiervon wie bisher ausgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt, bezogen auf die rd. 600.000 € Containerlösung für die Kita Löwenzahn, ob man auf die Kirchengemeinde zugehen könne, welcher das



Nachbargrundstück gehöre. Die Verwaltung wird gefragt, ob diesbezüglich eine Anfrage gestartet wurde und ob es dazu bereits eine Antwort gebe.

Der Fachbereichsleiter des FB 1 antwortet, dass Kontakt mit dem Kita Werk aufgenommen wurde. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurde dies als vorübergehende Ausweichmöglichkeit geprüft. Es wurde sowohl im Bereich Christus Kirche als auch bei der Batisten Gemeinde eine Prüfung unternommen. Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wurden diese Möglichkeiten jedoch verworfen und der Vorschlag zur Containerlösung empfohlen.

Der Fachbereichsleiter des FB 1 erklärt, dass die Verwaltung die Träger-Anträge für die Erhöhung der Verwaltungskosten ablehne.

Die CDU-Fraktion erkundigt sich über die möglichen Folgen, wenn man der Empfehlung der Verwaltung zustimmen würde.

Der Fachbereichsleiter des FB 1 antwortet, dass die Verwaltungskosten prozentual geplant werden, anhand der Personalkosten. Hier handelt es sich um eine Pauschalregelung.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet darum, die Frage an die Träger weiterzugeben.

Eine Vertretung der Kita Flerrentwiete erklärt, dass aufgrund der erhöhten Anzahl der Anfragen aus dem Rathaus, der häufigen Anwesenheit bei den Ausschusssitzungen und der damit verbunden Vor- und Nachbereitungszeit diese erhöhten finanziellen Bedarfe entstünden. Das Kita Gesetz würde außerdem eine finanzielle Ausstattung von 8,5% und nicht von der Stadt Wedel ausgezahlten 7% vorsehen. Es wird betont, dass sie durch diese Erhöhung keine Gewinne erwirtschaften, sondern die anfallenden Kosten abdecken wolle. Alternativ hierzu könne auch über einen Verrechnungssatz der anfallenden Verwaltungskosten nachgedacht werden.

Die erste Stadträtin merkt an, dass sie vorschlägt die bisherigen Vereinbarungen dazu so belassen würde und die Neuverhandlungen abgewartet werden sollten.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass es schwierig sei, überhaupt über die Einzelnen Anträge abzustimmen, wenn man doch die Vertragsverhandlungen abwarten wolle.

Die Bürgermeisterin entgegnet, dass hierfür die Empfehlungen der Verwaltung als Hilfestellung dienen solle.

Der Fachbereichsleiter des FB 1 stellt die Empfehlung der Verwaltung vor, die Erhöhung der Verwaltungskosten für die Kita Flerrentwiete nicht zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Der Fachbereichsleiter des FB 1 stellt die Empfehlung der Verwaltung vor, die Erhöhung



der Verwaltungskosten für die Kita Spatzennest nicht zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Der Fachbereichsleiter des FB 1 stellt die Empfehlung der Verwaltung vor, die Erhöhung der Verwaltungskosten für die Kita Lebenshilfe nicht zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Der Fachbereichsleiter des FB 1 stellt die Empfehlung der Verwaltung vor, die Erhöhung der Verwaltungskosten für die Kita Wasserstrolche nicht zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Der Fachbereichsleiter des FB 1 stellt die Empfehlung der Verwaltung vor, die Kosten für Veranstaltungen der Kita Flerrentwiete nicht zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen



Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Der Fachbereichsleiter des FB 1 stellt die Empfehlung der Verwaltung vor, die Kosten für Veranstaltungen der Kita Spatzennest nicht zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	10	0	0
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Der Fachbereichsleiter des FB 1 stellt die Empfehlung der Verwaltung vor, die Erhöhung der Verfügungsstunden der Kita Lebenshilfe nicht zu übernehmen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinterfragt, warum die Kita Lebenshilfe keine Erhöhung der Verfügungsstunden auf 15h erhält. Schließlich haben alle anderen Kitas bereits 15 Verfügungsstunden. Sie fordert, alle Kitas gleich zu behandeln.

Eine Sachbearbeiterin des FD 4-40 weist darauf hin, dass für die Kita Lebenshilfe vertraglich 10 Verfügungsstunden ausgehandelt wurden. Dafür seien sie bei anderen Positionen bessergestellt, als andere Kitas.

Der Vorschlag der Verwaltung, den Träger-Antrag für die Erhöhung der Verfügungsstunden abzulehnen, wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja / 0 Nein / 8 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	2	0	8
CDU-Fraktion	1	0	2
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	3
SPD-Fraktion	0	0	2
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	1	0	0

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wie die sich die Anzahl der Krankenta-

ge verändert, wenn das angekündigte Kita-Paket umgesetzt würde.

Die erste Stadträtin erklärt, dass sich die Förderrichtlinie aktuell in der Anhörung befindet. Die Förderrichtlinie sieht einige Veränderungen vor.

Der Vorschlag der Verwaltung, die Anzahl der Krankentage nicht zu verändern, wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja / 0 Nein / 7 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	3	0	7
CDU-Fraktion	1	0	2
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	3
SPD-Fraktion	0	0	2
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Der Fachbereichsleiter des FB 1 verweist darauf, dass die Investitionsmittel für die Kita Wasserstrolche noch abgestimmt werden müssen.

Die WSI-Fraktion verweist darauf, dass der Kita-Träger darauf hingewiesen habe, dass besonders die Positionen 1 (22.000 € Gestaltung Spielplatz Krippe) und Position 3 (55.000 € Spielberg Elementar) wichtig seien.

Es wird darüber abgestimmt, ob die Positionen 1 und 3 empfohlen und die Positionen 2, 4 und 5 abgelehnt werden.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	1
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	0	0	1

Im Anschluss wird über die Träger-Anträge der Kita Wasserstrolche im Einzelnen debattiert.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bringt einen Antrag ein, die GAI Anträge in Gänze abzulehnen. Diese Kosten seien durch die kalkulatorische Miete bereits abgegolten. Schließlich wurden auch bereits in den vergangenen Jahren zusätzliche Mittel für die GAI der Kita Wasserstrolche nicht empfohlen.

Die WSI-Fraktion verweist darauf, dass in den GAI auch finanzielle Mittel für den Brandschutz enthalten seien und sie es für die Kita als gefährlich empfinden würde, wenn die Mittel dafür nicht gewährt würden.

Eine Sachbearbeiterin des FD 4-40 versichert, dass auch die Mittel für den Brandschutz in der kalkulatorischen Miete enthalten seien. Bei zusätzlichen Bedarfen, könne die Kita je-



derzeit einen Antrag stellen.

Die CDU-Fraktion bestärkt die Aussagen der Sachbearbeiterin und erklärt, dass es grundsätzlich schwer sei von außerhalb festzulegen, was als wichtig gelte und was nicht.

Die SPD-Fraktion verweist darauf, dass der Vorschlag der Verwaltung nicht vorsehe die GAI für die Kita Wasserstrolche auf 0 € zu reduzieren, sondern auf 41.100 €.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkennt dies an und stellt den Antrag, der Kita Wasserstrolche für die GAI keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	8	0	2
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	0	0	2
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0

Als nächste wird über die zusätzlichen Trägeranträge der Kita Wasserstrolche im Bereich Geschäftsbedarf und pädagogischer Sachbedarf abgestimmt.

Die CDU-Fraktion erkundigt sich, weshalb bei dieser Kita die Kostenübernahme für die Ausflüge beinhaltet seien.

Eine Sachbearbeiterin des FD 4-40 verneint dies. Die Verwaltung habe diese herausgerechnet, der Träger habe diese impliziert.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verweisen darauf, dass die Stadt den vertraglichen Regelungen gegenüber verpflichtet sei. Sie möchten dem Träger die 27.000 € zur Verfügung stellen. Sie verweisen aber auch darauf, dass der Träger seine vertraglichen Pflichten verletzt, sollte er mit diesen Mittel Ausflüge finanzieren.


Es wird darüber abgestimmt, ob der Kita Wasserstrolche für den Geschäftsbedarf und die pädagogischen Sachmittel zusammen 27.000 € zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltungen

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	1
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	1	0	1
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	1	0	0



Beschluss:

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfiehlt dem Rat, die Haushaltssatzung 2026/27 in den Ausschuss betreffenden Teilbereichen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltung

Abstimmung

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	8	0	2
CDU-Fraktion	3	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	2	0	0
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	0	0	1

8 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

8.1 Bericht der Verwaltung

Der Ausschussvorsitzende verpflichtet Herrn Kai-Uwe Denker von der WSI-Fraktion auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten und weist ihn in sein Amt ein.

Die WSI-Fraktion verweist darauf, dass sie diverse Fragen zum Haushalt eingereicht habe, bisher habe sie noch keine Rückmeldung vom Gebäudemanagement erhalten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt den Hinweis, dass es eine Gesamtdatei mit der Beantwortung aller Haushaltsfragen gebe. Diese sei im Haupt- und Finanzausschuss zur Verfügung gestellt worden.

8.1.1 Haushaltskonsolidierung

8.1.2 Aktueller Stand der Haushaltssicherung 2028

MV/2026/013

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8.2 Öffentliche Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.



Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her. Da keine Einwohner*innen mehr anwesend sind, wird nicht über die Beschlüsse des nichtöffentlichen Teils berichtet.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Freitag von Dören

Christian Freitag von Dören

Protokollführung:

gez. Berg

Annika Berg

